

KOMPAKT

EX-VW-CHEF

Müller bekommt pro Tag 2700 Euro Rente

Der frühere Volkswagen-Chef Matthias Müller bezieht laut dem Magazin „Business Insider“, das wie WELT zu Axel Springer gehört, seit Februar ein monatliches Ruhegehalt von über 80.000 Euro. Auf den Tag heruntergerechnet seien dies rund 2700 Euro, berichtete das Wirtschaftsmagazin und bezog sich dabei auf Berechnungen des Vergütungsexperten Heinz Evers. Demnach habe Müller als langjähriger VW-Manager einen Anspruch auf 62 Prozent auf sein Fixgehalt aus dem Jahr 2016, das bei 1,584 Millionen Euro lag. Daraus ergebe sich ein monatliches Ruhegehalt von 81.800 Euro. Damit liege Müller knapp hinter dem VW-internen Spitzenreiter, seinem Vorgänger Martin Winterkorn mit 3100 Euro am Tag.

ARBEITSMARKT

Zahl der Jobs mit Mindestlohn steigt

Am deutschen Arbeitsmarkt ist im vergangenen Jahr die Zahl der Jobs gestiegen, in denen der gesetzliche Mindestlohn gezahlt wurde. Laut Mitteilung des Statistischen Bundesamtes galt er im April 2019 für gut 1,4 Millionen Beschäftigte – eine deutliche Steigerung nach nur 383.000 ein Jahr zuvor. Weiterhin wurden im April 2019 aber auch noch fast 530.000 Arbeitsverhältnisse registriert, in denen weniger als der Mindestlohn gezahlt wurde. Darin sind sowohl Verstöße gegen das Gesetz als auch statistische Unschärfen enthalten, wie eine Sprecherin erläuterte. Unter dem Strich erhielten 3,5 Prozent aller Beschäftigten im April 2019 den gesetzlichen Mindestlohn und 1,3 Prozent weniger als diesen. Im laufenden Jahr schätzt das Amt den durchschnittlichen Bruttomonatslohn auf 4026 Euro. Der Mindestlohn entspricht bei Vollzeit einem Monatsgehalt von 1621 Euro.

LUFTHANSA

Halbe Flotte wieder im Einsatz

Die corona-geplagte Lufthansa fährt ihren Flugbetrieb wieder hoch. Das Unternehmen veröffentlichte am Montag seinen Flugplan bis zum 24. Oktober dieses Jahres. Dann soll etwa jedes zweite Flugzeug der Konzernmarken wieder in der Luft sein, rund 380 von 760 Jets. Geflogen würden über 40 Prozent des früheren Programms, womit 90 Prozent der Kurz- und Mittelstreckenziele sowie mehr als 70 Prozent der Langstreckenziele abgedeckt seien. Eindeutiger Schwerpunkt ist der Mittelmeerraum.

CONTINENTAL

Verhandlungen über kürzere Arbeitszeit

Als Reaktion auf die Corona-Krise steht beim Autozulieferer Continental eine Reduzierung der Arbeitszeiten im Raum. Die Gespräche zur Prüfung würden jetzt beginnen, erklärte ein Unternehmenssprecher. Zuvor hatte Personalchefin Ariane Reinhart der Zeitung „Handelsblatt“ gesagt: „Wir werden die Arbeitszeitverkürzung mit unseren Sozialpartnern besprechen.“ Sie schlägt demnach die Absenkung anstelle von Kurzarbeit in Bereichen des Zulieferers vor, in denen wegen der Pandemie dauerhaft mit weniger Arbeit zu rechnen ist. Der Dax-Konzern aus Hannover erhofft sich dem Bericht zufolge mehr unternehmerische Freiheit von der Arbeitszeitabsenkung im Gegensatz zur Kurzarbeit, die auf 24 Monate begrenzt und an strenge Bedingungen geknüpft ist. Die Mitarbeiter müssten aber Lohninbußen proportional zur Absenkung der Arbeitszeit hinnehmen.

Es fehlte nur noch, dass Ingrid Arndt-Brauer ihren Kollegen im Bundestag eine Einkaufsliste gegeben hätte. „Verhalten Sie sich so, wie wir es uns wünschen, gehen Sie konsumieren“, sagte die SPD-Abgeordnete aus Nordrhein-Westfalen während ihrer Rede im Plenarsaal unter der Reichstagskuppel. Alle im Parlament sollten persönlich mithelfen, dass das zu verabschiedende Konjunkturpaket erfolgreich werde. Aus diesem ungewöhnlichen Kaufappell mag man je nach politischem Lager mehr oder weniger viel Verzweiflung heraushören. Nach tiefem Vertrauen in das eigene Konjunkturprogramm, mit der vorübergehenden Mehrwertsteuersenkung im Zentrum, klang es zumindest nicht. Am Ende der Sondersitzung des Parlaments stimmten die Abgeordneten von Union und SPD für das Paket. FDP und AfD stimmten mit Nein, Linke und Grüne enthielten sich.

VON KARSTEN SEIBEL

Ob die zunächst auf ein halbes Jahr befristete Mehrwertsteuersenkung, die 20 Milliarden Euro kosten soll, tatsächlich etwas bringt, bezweifelten viele Redner zuvor in der Aussprache im Plenum genauso wie später Wirtschafts- und Finanzexperten während einer Anhörung im Haushaltsausschuss des Bundestages. Selten wurde eine so teure Gesetzesänderung beschlossen, deren Wirkung so ungewiss ist.

„Wenn man eine Maßnahme als Herzstück bezeichnet, dann kann man nicht nur glauben und hoffen, sondern dann sollte man sich sicher sein, dass es etwas bringt“, sagte der Grünen-Abgeordnete Danyal Bayaz. Der Bundesfinanzminister habe einen Wumms angekündigt, aber eine gewagte Wette geliefert. Dass nämlich wegen der vorübergehenden Senkung des Mehrwertsteuersatzes von 19 Prozent auf 16 Prozent – der ermäßigte Satz sinkt von sieben auf fünf Prozent – nicht nur die Konsumlaune der 709 Abgeordneten des Deutschen Bundestages steige, sondern die aller Menschen im Land. Bayaz hätte mit dem Geld lieber die Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz deutlich stärker gesenkt und so Strom für Verbraucher und Unternehmer günstiger gemacht, wie er sagte.



In der Diskussion im Bundestag klang wenig Vertrauen in das Konjunkturprogramm durch

REUTERS/ARND BRONKHORST

Die Linke-Abgeordnete Sarah Wagenknecht sprach sich für 20 Millionen Konsumchecks à 1000 Euro aus – dafür hätten die vorgesehenen 20 Milliarden Euro gereicht. „Damit hätten Sie vielen Menschen jetzt in der Krise eine echte Freude gemacht“, sagte Wagenknecht. Bei der Mehrwertsteuersenkung spreche dagegen wenig dafür, dass dieses Geld tatsächlich bei den Verbrauchern ankomme. Nicht nur, weil vieles bei den Unternehmen hängen bleibe, die die Senkung schlicht nicht an die Konsumenten weitergeben, sondern auch, weil sich die Mehrwertsteuersenkung nur bei größeren Anschaffungen lohne. Aber wer glaube denn, dass jemand, der soziale Sorgen habe, sich jetzt ein neues Auto kaufe, fragte Wagenknecht in die Runde.

Zum 1. Juli sinkt die Mehrwertsteuer. Doch weder Abgeordnete noch Ökonomen vermitteln den Eindruck, dass dies der Konjunktur etwas bringt

FDP-Redner Christian Dürr wiederum beklagte den enormen bürokratischen Aufwand der Mehrwertsteuersenkung. „Profitieren werden am Ende jene Unternehmen, die in der Krise nicht gelitten haben“, sagte er und bezeichnete die Mehrwertsteuersenkung als Amazon-Steuer. Er geht davon aus, dass gerade unter den Online-Händlern viele die Preise nicht senken werden, sondern das Geld in den Unternehmenskassen landet.

Bei den Rednern der Union klang das natürlich anders. CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt sprach von einem „starken Signal“. Die Bundesregierung habe den Mut zu diesem gigantischen Finanzpaket, das auch den 300-Euro-Kinderbonus und Steuererleichterungen für Unternehmen enthält. Der

Kern, die Mehrwertsteuersenkung, gebe „die Chance auf einen Schub“, die Chance auf mehr Konsum.

Der angesehene Wirtschaftswissenschaftler Clemens Fuest, Präsident des Münchner Ifo-Instituts, versuchte es während einer Anhörung im Haushaltsausschuss mit einer Näherung. Er schätzte den konjunkturellen Effekt durch die vorübergehende Senkung der Mehrwertsteuer lediglich auf 0,2 Prozentpunkte oder 6,5 Milliarden Euro. „Das ist etwa ein Drittel von dem, was ausgegeben wird“, sagte Fuest. Hintergrund sei, dass die Nachfrage nach im Inland produzierten Konsumgütern nicht im gleichen Umfang zulege, wie die Steuern gesenkt würden.

Daraus folge nicht notwendigerweise, dass die Umsatzsteuersenkung als konjunkturpolitische Maßnahme abzulehnen sei. Es sei insgesamt ein vernünftiges Programm. „Man darf aber nicht zu viel erwarten“, so Fuest. Man könne die Stützung der Unternehmen und die Entlastung der Konsumenten in der aktuellen Krisensituation durchaus als wünschenswert ansehen, selbst wenn es nicht zu einer starken Ausdehnung des Konsums komme. Grundsätzlich seien alle Prognosen zur Wirksamkeit der nun verabschiedeten Maßnahmen mit „viel Unsicherheit behaftet“.

Der Vertreter des Bundesrechnungshofs, jener Behörde, die die Einnahmen und Ausgaben des Bundes kontrolliert, sah dies ähnlich. „Ob hierdurch der Konsum gesteigert wird, erscheint fraglich.“ Vielmehr dürften Unternehmen profitieren, was aber nicht sehr zielgenau sei, so Dieter Hugo in seiner Stellungnahme. „Der administrative Umstellungsaufwand ist erheblich.“

Tom Krebs, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim, geht unter dem Strich dennoch von einem positiven Impuls für die Konjunktur aus. Eine seriöse Einschätzung, wie stark dieser Impuls ausfallen wird, könne er zwar nicht abgeben. Er hält positive Überraschungen aber durchaus für möglich. Aus seiner Sicht geht es viel um Psychologie: Wie sich die Erwartungen und das Vertrauen der Konsumenten auch durch die Mehrwertsteuersenkung verändern, wird aus seiner Sicht zu wenig berücksichtigt.

Wie sagte die SPD-Abgeordnete Arndt-Brauer? „Verhalten Sie sich so, wie wir es uns wünschen.“

MWSt.

Wumms ohne Wirkung

Die Verbraucherstimmung ist derzeit im Keller. Eine Analyse kommt daher zu dem Schluss, dass die Mehrwertsteuersenkung wenig nützt

Bundestag und Bundesrat haben das 130-Milliarden-Euro-Konjunkturpaket beschlossen, mit dem die Konsumfreude der Verbraucher wieder angefeuert werden soll. Ein Kernelement ist die vorübergehende Mehrwertsteuersenkung. Doch Ökonomen und Opposition zweifeln an der Maßnahme.

VON CARSTEN DIERIG

Und auch Carmen Schenkel ist nicht überzeugt. Die Geschäftsführerin des Marktforschers September Strategie & Forschung aus Köln hat 70 tiefenpsychologische Interviews mit Verbrauchern aus allen gesellschaftlichen Schichten geführt. Das Ergebnis: Die Stimmung in Deutschland ist derzeit am Boden. Und in einer solchen Situation werden die Maßnahmen des Konjunkturpakets kaum helfen. „Wer gefühlsmäßig in Furcht und Angst steckt, der wird auch mit dem größten Anreiz nicht groß konsumieren“, sagt Schenkel

im WELT-Gespräch. „Ohne Stimmungswandel geht leider erst mal wenig.“ Die Politik müsse sich daher um das Stimmungsmanagement kümmern.

Schenkel zufolge durchleben die Bundesbürger seit Ausbruch der Corona-Krise viele verschiedene Gemütszustände, die das eigene Handeln massiv beeinflussen, egal ob bewusst oder unbewusst. Am Anfang war da zum Beispiel der Schock über das Ausmaß der Pandemie und den verhängten Lockdown, zeigt die Analyse der September-Experten. Dann kamen zum Beispiel Phasen wie Sinnsuche, die Akzeptanz einer neuen Normalität oder Dankbarkeit über Lockerungen. „Mittlerweile herrschen Verunsicherung und der Unglaube, dass es das schon gewesen ist, allen voran vor dem Hintergrund der vielen neuen Corona-Hotspots“, beschreibt Schenkel die Ergebnisse ihrer Interviews. „Deshalb gibt es bei vielen zunehmend große Befürchtungen über die eigene wirtschaftliche Lage in den kommenden Monaten.“ Und das führe

zu Konsumverzicht. „Wer Bauchschmerzen hat, isst auch keine Torte.“

Aus Sicht von Beraterin Schenkel werden die Wirtschaftsweisen ihre Konjunkturprognosen daher in den kommenden Monaten noch einmal senken müssen. „Drei Prozent weniger Mehrwertsteuer sind in einer solchen Lage nicht genügend Kaufanreiz.“ Den Konsum werde man damit nicht beflügeln. Dazu müsse das Gefühl von Stabilität und Sicherheit zurückkehren. „Das vermittelt derzeit aber niemand in der Politik.“ Stattdessen fehle es an Führung, das hätten ihre Analysegespräche sehr deutlich gezeigt. „Im Lockdown hat die Bundeskanzlerin diese Rolle übernommen und ausgefüllt.“ Nun aber gebe es einen Wettstreit unter den Länderchefs und damit viel zu viel Diversität. Und gerade die Kontrahenten Markus Söder (CSU) und Armin Laschet (CDU) hätten nach dem Eindruck der Befragten andere Interessen als sich um die Menschen zu kümmern. Dieser Pessimismus zeigt sich auch im

aktuellen „Corona Consumer Check“ des Instituts für Handelsforschung (IFH). Danach bleiben die Verbraucher zurückhaltend: Lediglich 14 Prozent der 500 Befragten geben an, dass die Steuersenkung ihre Lust aufs Einkaufen steigert. An den Kauf von größeren Anschaffungen denken nur zwölf Prozent

”

WER
BAUCHSCHMERZEN
HAT, ISST AUCH
KEINE TORTE

CARMEN SCHENKEL,
September Strategie & Forschung

der Befragten. Eine große Mehrheit hat Zweifel, dass die Steuersenkung bei ihnen überhaupt ankommt. Kritisch wird nach den Untersuchungsergebnissen von Schenkel auch das Thema Autoprämie gesehen. „Die Wahrnehmung ist, dass eine Branche gegenüber allen anderen bevorzugt wird.“ Besser sei eine Förderung von Familien. Die größte Zustimmungsrate gebe es daher auch für den Kinderbonus.

Von diesem Instrument verspricht sich auch der Handelsverband Deutschland (HDE) den größten Nutzen für die seit Monaten stark gebeutelte Branche. Ansonsten sind die Erwartungen nicht besonders groß: „Die positiven Effekte für den Einzelhandel sind sicherlich überschaubar“, sagt Hauptgeschäftsführer Stefan Genth. Die Hoffnung gibt er aber nicht auf: „Es ist gut, dass die Bundesregierung mit dem Konjunkturpaket schnelle Impulse setzt, um die Binnenkonjunktur anzukurbeln. Was es am Ende bringt, hängt sicherlich vom weiteren Verlauf der Corona-Krise ab.“